

# Wirtschaft im Wandel

6/2016

15. Dezember 2016, 22. Jahrgang



 Hans-Ulrich Brautzsch **s. 177**

## Dienstleister bestimmen die Dynamik der Beschäftigung

Kirsten Schmidt, Lena Tonzer **s. 116**  
Aktuelle Trends:  
Ungewöhnliche Zeiten in der  
Geldpolitik

Daniel Fackler, Eva Hank **s. 125**  
Einkommensverluste nach Arbeitsplatz-  
verlusten: Kompensation vor allem  
durch staatliche Umverteilung

Gerhard Heimpold **s. 129**  
Im Fokus: Industrielle Kerne in Ost-  
deutschland und wie es dort heute aus-  
sieht – Das Beispiel SKET Magdeburg

## Inhaltsverzeichnis

- 115** Kommentar: Für mehr Ehrlichkeit in der Rentendebatte  
Martin Altemeyer-Bartscher, Oliver Holtemöller
- 116** Aktuelle Trends: Ungewöhnliche Zeiten in der Geldpolitik:  
Niedriges Zinsniveau begleitet von hohen Zentralbankreserven  
Kirsten Schmidt, Lena Tonzer
- 117** Dienstleister bestimmen die Dynamik der Beschäftigung  
Hans-Ulrich Brautzsch
- 125** Einkommensverluste nach Arbeitsplatzverlusten:  
Kompensation vor allem durch staatliche Umverteilung  
Daniel Fackler, Eva Hank
- 129** Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht –  
Das Beispiel SKET Magdeburg  
Gerhard Heimpold
- 133** 6<sup>th</sup> IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy:  
“(Ending) Unconventional Monetary Policy”  
Birgit Schultz, Gregor von Schweinitz

# Für mehr Ehrlichkeit in der Rentendebatte

Martin Altemeyer-Bartscher, Oliver Holtemöller

Durch die steigende Lebenserwartung und die geringen Geburtenraten wird in Zukunft eine abnehmende Zahl von Erwerbstätigen in Deutschland die Rentenleistungen für eine steigende Zahl von Rentnern finanzieren müssen. Während im Jahr 2016 auf 100 Beschäftigte 53 Rentner kommen, werden es im Jahr 2050 mehr als 80 Rentner sein. Diese Entwicklung führt zu einer zunehmenden Verunsicherung in der Bevölkerung hinsichtlich der zukünftigen Leistungsfähigkeit der umlagefinanzierten Altersversorgung. Auf diese Verunsicherung antwortete die Politik kürzlich wieder mit der Formulierung einer so genannten doppelten Haltelinie. Diese beinhaltet eine untere Grenze für das Sicherungsniveau und eine obere Grenze für den Beitragssatz. Möglich ist das nur, wenn die Bundeszuschüsse in Zukunft kräftig erhöht werden. Das ist ein ungedeckter Scheck, denn die Finanzierung dieser Bundeszuschüsse bleibt ungeklärt. Die aktuelle Situation mit niedrigen Zinsen und hohen Steuereinnahmen scheint für die Politik zu verlockend zu sein, nach der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren die knappen Ressourcen weiter zu verbrauchen, ohne an die Zukunftsfähigkeit des Generationenvertrags zu denken. Zusätzliche Leistungen für die Älteren sollen durch Mehrbelastungen der Jüngeren finanziert werden. Generationengerechtigkeit sieht anders aus. Viel sinnvoller wäre es, mehr Ressourcen für Investitionen in die mancherorts bröckelnde Infrastruktur und vor allem in Bildung und Forschung aufzuwenden.

Die Bundeszuschüsse sind in der Vergangenheit bereits gestiegen, weil zahlreiche nicht beitragsgedeckte Leistungen in die gesetzliche Rentenversicherung integriert wurden. Derartige Leistungen zielen meist darauf ab, die Gefahr von Altersarmut einzudämmen. Sie sind allerdings, wie beispielsweise die gegenwärtig viel diskutierte Lebensleistungsrente, oft ein stumpfes Politikinstrument. Da nicht jeder Haushalt, der geringe Rentenansprüche erwirbt, gleichzeitig auch arm ist, können finanzielle Hilfen zur Armutsbekämpfung zielgerechter in Verbindung mit entsprechenden Bedürftigkeitsprüfungen außerhalb des Rentensystems geleistet werden.

Die Diskussion um die Anpassung der Renten zwischen Ost und West läuft ebenfalls auf eine weitere Umverteilung von Jung zu Alt hinaus. Ältere profitieren von der schnelleren Anpassung der Rentenwerte, während die Jüngeren aufgrund der wegfallenden Höherbewertung der Löhne schlechter gestellt werden. Mit Ost-West-Gerechtigkeit hingegen hat das wenig zu tun, denn die Ost-Renten fallen insgesamt gegenwärtig keineswegs niedriger aus als die West-Renten.

Solange die Politik vorgibt, dass bei der Rentenversicherung gleichzeitig Beiträge, Rentenniveau und Renteneintrittsalter mit Haltelinien stabil gehalten und auch noch Altersarmut von Menschen mit zu geringen Rentenansprüchen innerhalb des Rentensystems behoben werden kann, ist eine tragfähige Lösung noch weit entfernt. Denn auch die Lastenverschiebung über Bundeszuschüsse lässt sich nicht ewig fortsetzen. 



Juniorprofessor Dr. Martin  
Altemeyer-Bartscher

Abteilung Makroökonomik

[Martin.Altemeyer-Bartscher@iw-halle.de](mailto:Martin.Altemeyer-Bartscher@iw-halle.de)



Professor Dr. Oliver Holtemöller

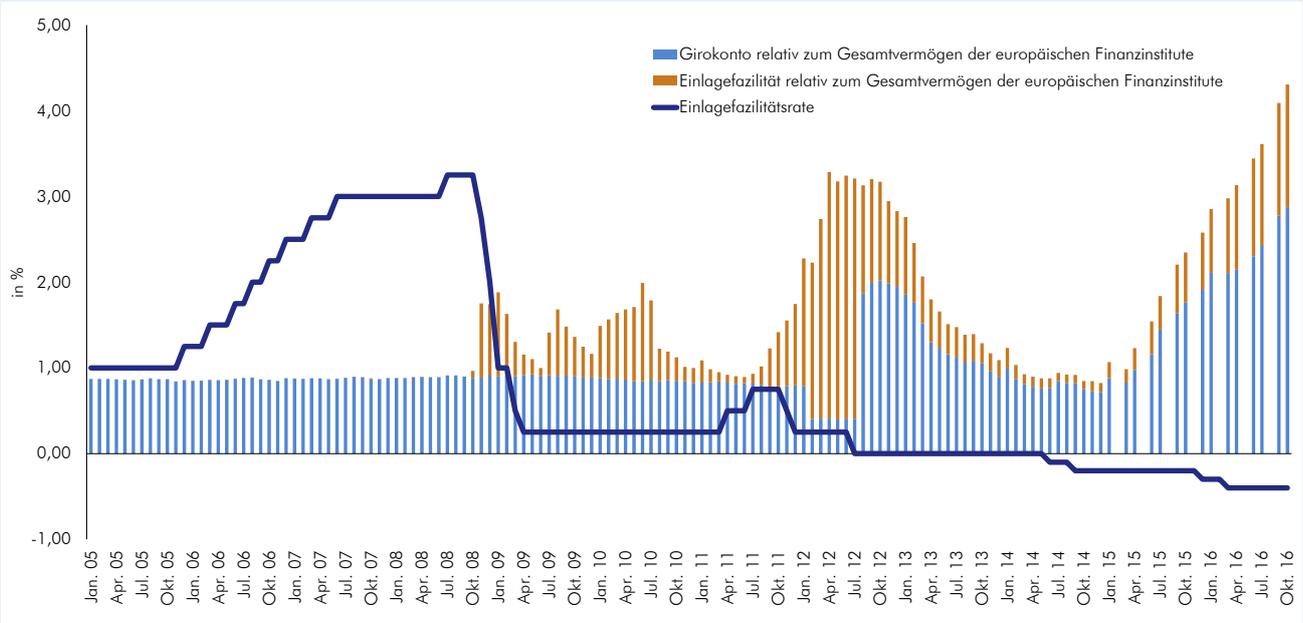
Leiter der Abteilung Makroökonomik,  
Stellvertretender Präsident

[Oliver.Holtemoeller@iw-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iw-halle.de)

## Aktuelle Trends: Ungewöhnliche Zeiten in der Geldpolitik: Niedriges Zinsniveau begleitet von hohen Zentralbankreserven

Kirsten Schmidt, Lena Tonzer

Monatliche EZB-Reserven (Einlagefazilität und Girokonto) und EZB-Einlagefazilitätsrate



Quellen: EZB; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Mit dem Ausbruch der Finanzkrise 2007/08 und der sich anschließenden Staatsschuldenkrise kam es zu zahlreichen Veränderungen in der Implementierung der Geldpolitik im Euroraum. Oberstes Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) ist dabei die Wahrung der Preisstabilität und ein funktionierender Geldtransmissionsmechanismus. Um dies auch in den zuletzt krisengezeichneten Jahren zu erreichen, erweiterte die EZB ihr Set an geldpolitischen Instrumenten um unkonventionelle Maßnahmen wie zum Beispiel Anleihenkaufprogramme. Gleichzeitig kamen auch konventionelle Maßnahmen wie Änderungen im Leitzins zum Einsatz. Und obwohl der Beginn der Finanzkrise bald ein Jahrzehnt zurückliegt, zeichnet sich keine Normalisierung in der Geldpolitik des Euroraums ab. So liegt die Einlagefazilitätsrate, also der Zins, den Banken für Zentralbankreserven erhalten, im negativen Bereich. Trotz dieser Entwicklung sind die Reserven, die Banken in der Einlagefazilität oder auf ihrem Girokonto bei der Zentralbank halten, in letzter Zeit stark angestiegen. Dies ist unter anderem darin begründet, dass die EZB mehr Liquidität bereitstellt, als im Bankensystem benötigt wird. Profitieren dürften

vor allem Banken mit hohem Liquiditätsbedarf, da sie sich sehr günstig refinanzieren können. Ob diese Geldpolitik erfolgreich weitergegeben wird, hängt im Wesentlichen davon ab, inwiefern die zusätzliche Liquidität den Realsektor erreicht, anstatt im Bankensystem vorgehalten zu werden. 



**Kirsten Schmidt**  
Abteilung Finanzmärkte

[Kirsten.Schmidt@iw-halle.de](mailto:Kirsten.Schmidt@iw-halle.de)



**Lena Tonzer, Ph.D.**  
Abteilung Finanzmärkte

[Lena.Tonzer@iw-halle.de](mailto:Lena.Tonzer@iw-halle.de)

# Dienstleister bestimmen die Dynamik der Beschäftigung\*

Hans-Ulrich Brautzsch

Der in Ostdeutschland deutlich geringere Beschäftigungsaufbau im Vergleich zu Westdeutschland ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Impulse der Dienstleistungsbereiche für die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung beträchtlich geringer sind als in Westdeutschland. Allerdings nimmt Berlin unter den ostdeutschen Ländern eine Sonderstellung ein, da der dortige kräftige Beschäftigungsaufbau vollständig von den Dienstleistungsbereichen getragen wird. Auf der Kreisebene zeigt sich eine hohe Korrelation zwischen der Beschäftigungsentwicklung insgesamt und der Höhe der Expansionsbeiträge der Dienstleistungsbereiche. Die regional differierenden Expansionsbeiträge der Dienstleistungsbereiche stehen im Zusammenhang mit Unterschieden bei der Teilzeitbeschäftigung, der demographischen Entwicklung sowie der Siedlungs- und Produktionsstruktur.

*JEL-Klassifikation: J01, J23, R11*

*Schlagwörter: Arbeitsmarkt, Ostdeutschland, Dienstleistungsbereiche*

Die Beschäftigung nahm im Jahr 2015 in Ostdeutschland um 0,4% zu, während sie in Westdeutschland mit 1,0% expandierte. Die recht positive Entwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres 2016 lässt erwarten, dass die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr in Ostdeutschland ebenso wie in Westdeutschland um 1,0% zunehmen wird (vgl. Übersicht Arbeitsmarktbilanz).

Die günstige Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland wird maßgeblich von der dynamischen Entwicklung in Berlin geprägt: Während die Beschäftigung in Berlin im Jahr 2015 um 2,1% zunahm, ging sie in den ostdeutschen Flächenländern um 0,1% zurück. Aber auch zwischen den ostdeutschen Ländern gab es erhebliche Unterschiede: So stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Mecklenburg-Vorpommern um 0,5%, in Sachsen-Anhalt nahm sie hingegen um 0,6% ab. Bei Betrachtung der Entwicklung auf Kreisebene zeigen sich noch größere Unterschiede.

Hinweise auf die Ursachen der unterschiedlichen Entwicklung liefert die Analyse der Expansionsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zur Beschäftigungsentwicklung.<sup>1</sup> Der Expansionsbeitrag zeigt den Anteil eines

Wirtschaftsbereichs an der Veränderung der Erwerbstätigkeit gegenüber einer Referenzperiode und macht die maßgeblichen sektoralen Impulse der Beschäftigungsentwicklung sichtbar. Im Folgenden werden diese Expansionsbeiträge der Wirtschaftsbereiche für Ostdeutschland und Westdeutschland sowie für die Bundesländer und Kreise für den Zeitraum ab dem Jahr 2011 dargestellt.<sup>2</sup>

## Kaum Beschäftigungsimpulse der Dienstleister in ostdeutschen Flächenländern

Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Jahr 2015 in Ostdeutschland um 1,8% über dem Stand des Jahres 2011. In Westdeutschland waren es 4,0%. Beträchtliche Unterschiede bestehen hinsichtlich der Impulse: Während der Wachstumsbeitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Beschäftigungsaufbau in Ostdeutschland bei 0,3 Prozentpunkten lag, betrug er in Westdeutschland 0,6 Prozentpunkte (vgl. Tabelle). Gravierender sind jedoch die Unterschiede bei den Dienstleistungen: In Ostdeutschland betrug der Wachstumsbeitrag 1,7 Prozentpunkte, in Westdeutschland hingegen 3,2 Prozentpunkte.

Auch zwischen den Bundesländern zeigen sich große Unterschiede. In fast allen ostdeutschen Flächenländern ging vom Verarbeitenden Gewerbe ein positiver Expansionsbeitrag zur Beschäftigungsentwicklung aus.

\* In der Zeitschrift „Wirtschaft im Wandel“ werden ausgewählte Aspekte der aktuellen Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktbilanz des IWH besprochen. Der vorangegangene Artikel erschien in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (6), 2015, 104-105.

1 Vgl. hierzu auch Brautzsch, H.-U.; Exß, F.; Lang, C.; Lindner, A.; Loose, B.; Ludwig, U.; Schultz, B.: Ostdeutsche Wirtschaft: Konjunktur bleibt im Jahr 2015 kräftig, strukturelle Probleme hemmen, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 3 (3) 2015, Kasten 2, 136 f.

2 Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde das Trendwachstum bei der Beschäftigung erst im Jahr 2011 wieder erreicht. Deshalb wird dieses Jahr als Referenzjahr gewählt.

**Übersicht**

**Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland und Westdeutschland**

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	2015	2016	2015	2016
in 1 000 Personen				
1 Erwerbsfähige <sup>a</sup>	10 446	10 428	43 839	44 140
2 Erwerbstätige (Inland)	7 730	7 809	35 327	35 687
3 Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt [(2)–(15)]	7 685	7 770	35 276	35 638
4 Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit <sup>b</sup>	46	46	77	84
5 Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(3)–(4)]	7 639	7 724	35 199	35 555
6 Pendlersaldo	-225	-221	303	303
7 Erwerbstätige (Inländer) [(2)–(6)]	7 955	8 030	35 024	35 383
8 Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt [(7)–(15)]	7 910	7 991	34 974	35 335
9 darunter: Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(8)–(4)]	7 864	7 945	34 897	35 251
10 Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	983	911	2 504	2 483
11 Arbeitslose	774	712	2 021	1 980
12 sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]	208	199	484	503
13 § 126 SGB III/kurzfristige Arbeitsunfähigkeit	23	22	59	58
14 Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten	8	9	29	29
15 Ein-Euro-Jobs	45	39	50	49
16 Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)	38	35	86	88
17 Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen bzw. Aktivierung und berufliche Eingliederung (§ 46 SGB III)	38	43	129	162
18 Vorruheständler <sup>c</sup>	52	49	113	113
19 Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten	3	0	14	0
20 Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen <sup>d</sup>	1	1	5	5
21 Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve i. e. S.: [(8)+(10)–(14)–(19)]	8 881	8 893	37 435	37 788
in % (Inländerkonzept)				
22 Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	85,0	85,3	85,4	85,6
23 Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	75,7	76,6	79,8	80,1
24 Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt (ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit) [(9)/(1)*100]	75,3	76,2	79,6	79,9
25 Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	76,2	77,0	79,9	80,2
26 Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	11,1	10,2	6,7	6,6
27 Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	81,1	80,6	83,0	82,1
28 Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)+(11)+(13)*100}	9,1	8,4	5,6	5,4
29 Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(21)*100}	2,9	2,7	1,5	1,6
in Mio. Stunden				
30 geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)/1 000]	11 024	11 140	47 974	48 119
in Stunden				
31 geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 426,1	1 426,5	1 358,0	1 348,4

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Infolge einer rechtlichen Neuregelung (§ 35 SGB VI) erhöht sich die Regelaltersgrenze ab dem Geburtsjahrgang 1947. Dies ist bei der Abgrenzung der Erwerbsfähigen ab dem Jahr 2012 berücksichtigt. – <sup>b</sup> Personen in Maßnahmen der Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (Förderung abhängiger Beschäftigung bzw. Förderung der Selbstständigkeit); die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>c</sup> § 428 SGB III/§ 53a Abs. 2 SGB II/§ 65 Abs. 4 SGB II/§ 252 Abs. 8 SGB VI. – <sup>d</sup> Die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Hingegen bekam die Beschäftigung nur in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern spürbar Impulse von den Dienstleistungsbereichen. Berlin nimmt eine Sonderstellung ein: In diesem Bundesland nahm die Beschäftigung im Zeitraum von 2011

bis 2015 mit 79% am stärksten zu, wobei der kräftige Beschäftigungsaufbau nahezu vollständig aus den Dienstleistungsbereichen stammt. Dabei kamen aus allen drei Dienstleistungssektoren kräftige Beschäftigungsimpulse.

**Tabelle**

Beiträge ausgewählter Wirtschaftsbereiche zur Beschäftigung im Zeitraum von 2011 bis 2015 in den einzelnen Bundesländern

	Beschäftigung <sup>a</sup>		Wachstumsbeiträge				
	%	Verarb. Gewerbe	Baugewerbe	Dienstleistungs-bereiche	Handel, Verkehr, Gastgew. <sup>b</sup>	Fin., Vers.-u. Untern.-Dienstl. <sup>c</sup>	öffentliche u. sonstige Dienstl. <sup>d</sup>
	Prozentpunkte						
Baden-Württemberg	4,8	0,9	0,3	3,7	1,0	1,0	1,7
Bayern	5,3	1,1	0,3	4,2	1,2	1,4	1,6
Berlin	7,9	0,0	0,1	7,7	2,8	1,9	3,0
Brandenburg	-0,1	0,0	-0,1	0,1	0,0	0,5	-0,3
Bremen	2,6	0,2	0,1	2,4	0,4	1,5	0,6
Hamburg	4,8	0,2	0,0	4,5	1,5	1,5	1,5
Hessen	3,5	0,1	0,2	3,1	0,7	0,8	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	0,3	0,1	-0,2	0,5	-0,2	0,0	0,7
Niedersachsen	4,0	0,9	0,3	2,8	0,4	0,9	1,5
Nordrhein-Westfalen	3,1	0,3	0,1	2,7	0,1	1,0	1,7
Rheinland-Pfalz	2,9	0,3	0,1	2,5	0,7	0,4	1,4
Saarland	-0,7	-0,5	-0,1	0,2	-0,2	0,4	0,0
Sachsen	1,5	0,9	-0,3	1,0	0,2	0,5	0,3
Sachsen-Anhalt	-2,1	0,2	-0,5	-1,8	-0,5	-0,5	-0,9
Schleswig-Holstein	2,6	0,2	0,3	2,4	1,3	0,2	1,0
Thüringen	-0,9	0,4	-0,5	-0,7	-0,3	-0,3	-0,1
Ostdeutschland <sup>e</sup>	1,8	0,3	-0,2	1,7	0,6	0,5	0,7
Westdeutschland <sup>e</sup>	4,0	0,6	0,2	3,2	0,7	1,0	1,6
Deutschland	3,6	0,5	0,1	2,9	0,7	0,9	1,4

<sup>a</sup> Veränderungsrate der Zahl der Erwerbstätigen (Inland) zwischen den Jahren 2011 und 2015. – <sup>b</sup> Einschließlich Information und Kommunikation. – <sup>c</sup> Einschließlich Grundstücks- und Wohnungswesen. – <sup>d</sup> Einschließlich Erziehung und Gesundheit. – <sup>e</sup> Ostdeutschland mit Berlin; Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH.

## Positive Impulse der Dienstleister nur in wenigen ostdeutschen Zentren

Auf der Ebene der Kreise zeigt sich ein sehr heterogenes Bild.<sup>3</sup> Vor allem in Ostdeutschland ging die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2011 und 2014 in einer großen Zahl von Kreisen zurück (vgl. Anhang Abbildung 1). Nur in wenigen Ballungszentren nahm die Beschäftigung spürbar zu. Dazu zählen neben Berlin mit seinem „Speckgürtel“ auch Leipzig und Dresden mit den umliegenden Kreisen sowie einige Kreise in Nordwestthüringen und im Nordwesten Mecklenburg-Vorpommerns. Aber auch in Westdeutschland gibt es Regionen, die sich erheblich unterhalb der gesamtdeutschen Beschäftigungsentwicklung befinden.

Betrachtet man die Expansionsbeiträge, so zeigt sich, dass in einer Reihe von Kreisen mit einer rückläufigen Beschäftigtenzahl positive Impulse vom Verarbeitenden Gewerbe ausgehen (vgl. Anhang Abbildung 2). Entscheidend für die ungünstige Entwicklung in Ostdeutschland sind die Dienstleistungsbereiche. Nur in wenigen Zen-

tren und deren Umgebung wie Berlin, Leipzig, Dresden und Jena gehen von den Dienstleistern positive Beiträge für die Beschäftigung aus (vgl. Anhang Abbildung 3). Stellt man die Beschäftigungsentwicklung in den Kreisen den jeweiligen Wachstumsbeiträgen des Verarbeitenden Gewerbes bzw. der Dienstleistungen gegenüber, zeigt sich folgendes Bild: Das Beschäftigungswachstum in den Kreisen nimmt signifikant mit der Höhe der Wachstumsbeiträge der Dienstleistungsbereiche zu (vgl. Abbildung). Für das Verarbeitende Gewerbe ist dieser Zusammenhang zwischen Beschäftigungswachstum und Expansionsbeitrag deutlich schwächer.

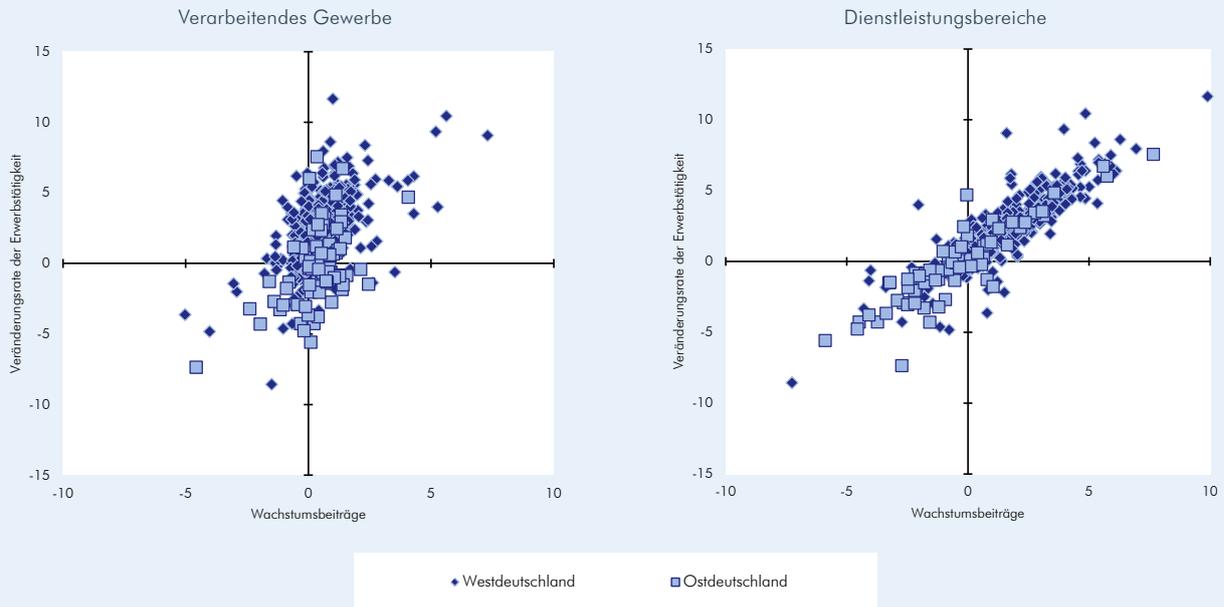
## Strukturelle Unterschiede

Bei der Analyse der regional unterschiedlichen Expansionsbeiträge der Dienstleistungsbereiche sind strukturelle Unterschiede zu beachten, die im Folgenden nur kurz skizziert werden können. Dazu zählen insbesondere der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bzw. marginal Beschäftigten an den Erwerbstätigen, die demographische Entwicklung sowie Unterschiede in der regionalen Siedlungs- und Produktionsstruktur.

<sup>3</sup> Zu beachten ist, dass für die Kreise lediglich Daten bis zum Jahr 2014 vorliegen.

**Abbildung**

Veränderungsrate der Erwerbstätigen und Expansionsbeiträge zur Beschäftigung im Zeitraum 2011 bis 2014 in den Kreisen



Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

### Teilzeitbeschäftigung

Der Anteil von sozialversicherungspflichtig *Teilzeitbeschäftigten bzw. marginal Beschäftigten*<sup>4</sup> an der Beschäftigung ist in den jeweiligen Regionen sehr unterschiedlich. So war im Jahr 2014 der Anteil der marginal Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt im Landkreis Trier-Saarburg mit 23,5% am höchsten und in Wolfsburg mit 6,0% am niedrigsten. Die Arbeitszeiten dieser Beschäftigten liegen deutlich unter der Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten. Da der überwiegende Teil dieser Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen tätig ist, wird bei der Betrachtung der Erwerbstätigenzahl der tatsächliche Expansionsbeitrag der Dienstleistungsbereiche zu hoch ausgewiesen. Dieses Problem wird behoben, wenn das Arbeitsvolumen als Indikator des Arbeitsinputs verwendet wird. Dadurch wird der Wachstumsbeitrag der Dienstleistungsbereiche zwar deutlich geringer ausgewiesen, die Korrelation zwischen der Zuwachsrate des Arbeitsvolumens und den Wachstumsbeiträgen des Verarbeitenden Gewerbes bzw. der Dienstleistungsbereiche ist jedoch fast identisch mit der – in der Abbildung dargestellten – Korrelation zwischen der Zuwachsrate der Zahl der Erwerbstätigen und den Expansionsbeiträgen der beiden Bereiche.

4 Zu den marginal Beschäftigten zählen ausschließlich geringfügig Beschäftigte sowie Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“).

### Demographische Entwicklung

Die *demographische Entwicklung* hat maßgeblichen Einfluss auf den Expansionsbeitrag der Dienstleistungsbereiche. Dies betrifft insbesondere die öffentlichen und sonstigen Dienstleister. In Westdeutschland, wo die Bevölkerung zwischen 2011 und 2015 um 1,7% zunahm, betrug der Wachstumsbeitrag dieser Dienstleistungsbereiche 1,6 Prozentpunkte. In Ostdeutschland, wo die Zahl der Einwohner lediglich um 0,5% gestiegen war, lag der Beitrag der Dienstleistungsbereiche nur bei 0,7 Prozentpunkten. In den ostdeutschen Flächenländern – dort ging die Bevölkerung um 0,8% zurück – betrug der Wachstumsbeitrag –0,2 Prozentpunkte. Allerdings zeigten die Subsektoren der öffentlichen und sonstigen Dienstleister keine einheitliche Entwicklung.<sup>5</sup> So war in den ostdeutschen Flächenländern der Wachstumsbeitrag der Gesundheits- und Sozialleistungen aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung deutlich positiv, während dieser für die Bereiche öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie Erziehung und Unterricht negativ war.

5 Aufgrund der begrenzten Datenverfügbarkeit wird hier nur der Zeitraum von 2011 bis 2013 betrachtet.

## Siedlungs- und Produktionsstruktur

Bei der Analyse der Expansionsbeiträge der Dienstleistungsbereiche auf regionaler Ebene sind auch differierende Siedlungs- und Produktionsstrukturen zu beachten, wobei im Folgenden nur einige Aspekte angeschnitten werden können.

Die *Siedlungsstruktur* in Ostdeutschland ist durch eine geringe Agglomeration charakterisiert. Im Vergleich zu vielen westdeutschen Regionen gibt es nur wenige Ballungsräume. Ein Indiz dafür, dass Dienstleistungen in ländlichen Regionen weniger zum Beschäftigungsaufbau beitragen als in urbanen Regionen, sind die Expansionsbeiträge der Dienstleistungsbereiche in Landkreisen bzw. Stadtkreisen. So lag der Wachstumsbeitrag zwischen den Jahren 2011 und 2014 in den Stadtkreisen mit 2,5 Prozentpunkten deutlich höher als in den Landkreisen (1,6 Prozentpunkte).

Die Höhe der Wachstumsbeiträge des Verarbeitenden Gewerbes bzw. der Dienstleistungsbereiche wird auch durch die Interdependenzen zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungsbereichen bestimmt. Eine große Bedeutung hat dabei das *outsourcing*, mit dem arbeitsintensive und weniger produktive Wertschöpfungsstufen vor allem vom Produzierenden Gewerbe in die Dienstleistungsbereiche verlagert werden.<sup>6</sup> Dabei spielen Lohnstrukturen eine maßgebliche Rolle.<sup>7</sup>

Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland und Westdeutschland besteht in den *intra-industriellen Strukturen*.<sup>8</sup> Eine Untersuchung für das Jahr 2008 zeigte, dass der Anteil der Fertigungsfunktionen in Ostdeutschland deutlich höher und der Anteil der Dienstleistungsfunktionen entsprechend geringer ist als in Westdeutschland. Dieser Befund muss im Kontext der Privatisierung der ostdeutschen Unternehmen zu Beginn der 1990er Jahre gesehen werden: Damals wurde oftmals eine „Konzentration auf das Kerngeschäft vorgenommen, und Dienstleistungsaktivitäten wurden in separate Unternehmen übertragen oder aufgegeben.“<sup>9</sup>

Ein Merkmal der Produktionsstruktur in Ostdeutsch-

land ist die geringe Zahl von *Unternehmenszentralen*.<sup>10</sup> In diesen Headquartern sind humankapitalintensive Tätigkeiten wie beispielsweise Forschung und Entwicklung angesiedelt.<sup>11</sup> Das dort beschäftigte Personal verfügt über ein überdurchschnittliches Einkommen. Dies wiederum induziert eine überdurchschnittliche Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen. Zudem gibt es erhebliche Effekte auf das regionale Steueraufkommen.<sup>12</sup> Hinzu kommt, dass Unternehmenszentralen wissensintensive Dienstleistungen wie Rechts- und Beratungsleistungen attrahieren. All diese Impulse, die von Konzernzentralen auf die Dienstleistungsnachfrage ausgehen, sind in Ostdeutschland erheblich geringer als in Westdeutschland.

## Fazit

Regionen mit einer überdurchschnittlichen Beschäftigungszunahme bekommen die Impulse vorwiegend aus den Dienstleistungsbereichen. Dies legt den Schluss nahe, dass eine Besserung der Beschäftigungslage wohl primär über die Stärkung der Beschäftigungsimpulse aus den Dienstleistungsbereichen zu erreichen sein dürfte. 

6 Vgl. hierzu auch Ludwig, U.; Brautzsch, H.-U.; Loose, B.: Dienstleistungsverbund stärkt Bedeutung der Industrie, in: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 91 (9), 2011, 648-650.

7 Vgl. hierzu auch Goldschmidt, D.; Schmieder, J. F.: The Rise of Domestic Outsourcing and the Evolution of the German Wage Structure. IZA Discussion Paper No. 9194, 2015.

8 Vgl. Heimpold, G.: Von der De-Industrialisierung zur Re-Industrialisierung: Sind Ostdeutschlands industrielle Strukturen nachhaltig?, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 15 (10), 2009, 425-434.

9 Vgl. ebenda, 434.

10 Eine Auswertung der von der Tageszeitung DIE WELT erstellten Übersicht über die 500 größten deutschen Unternehmen im Jahr 2015 ergab, dass sich nur 34 der Unternehmenssitze in Ostdeutschland befanden, davon 20 in Berlin. Zu den Dienstleistern zählten davon in Berlin zwölf Unternehmenssitze, in den ostdeutschen Flächenländern lediglich zwei. Vgl. hierzu auch Heimpold, G.: Headquarterlücke in Ostdeutschland: Nur wenig Veränderung, in: *25 Jahre nach dem Mauerfall: Wirtschaftliche Integration Ostdeutschlands im Spiegel der Forschung am IWH*. IWH: Halle (Saale), 2014, 26.

11 Vgl. Blum, U.: Der Einfluss von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: Eine ökonomische Analyse deutscher Regionen, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 13 (6), 2007, 187-194. Vgl. auch Krätke, S.: Urbane Ökonomien in Deutschland: Clusterpotenziale und globale Vernetzungen, in: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Jg. 48 (3-4), 2004, 146-163.

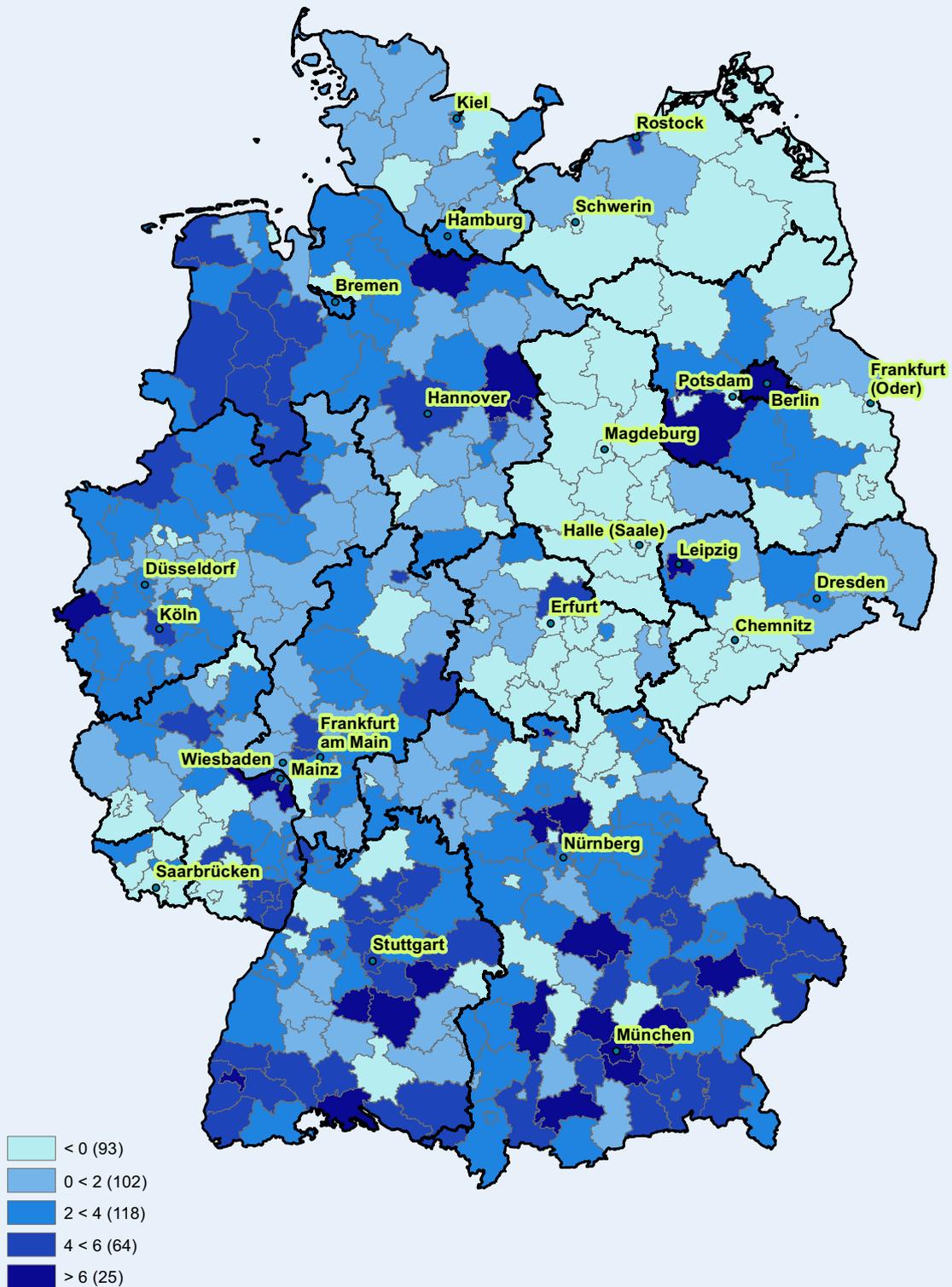
12 Vgl. Blum, U.; Jänchen, I.; Lubk, C.: Die Relevanz von Unternehmenszentralen für die fiskalische Leistungsfähigkeit, in: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 95 (6), 2015, 395-403.

Dr. Hans-Ulrich Brautzsch

Abteilung Makroökonomik

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

**Anhang Abbildung 1**  
 Zuwachsrate der Zahl der Erwerbstätigen im Inland<sup>a</sup>  
 2011 bis 2014, in %



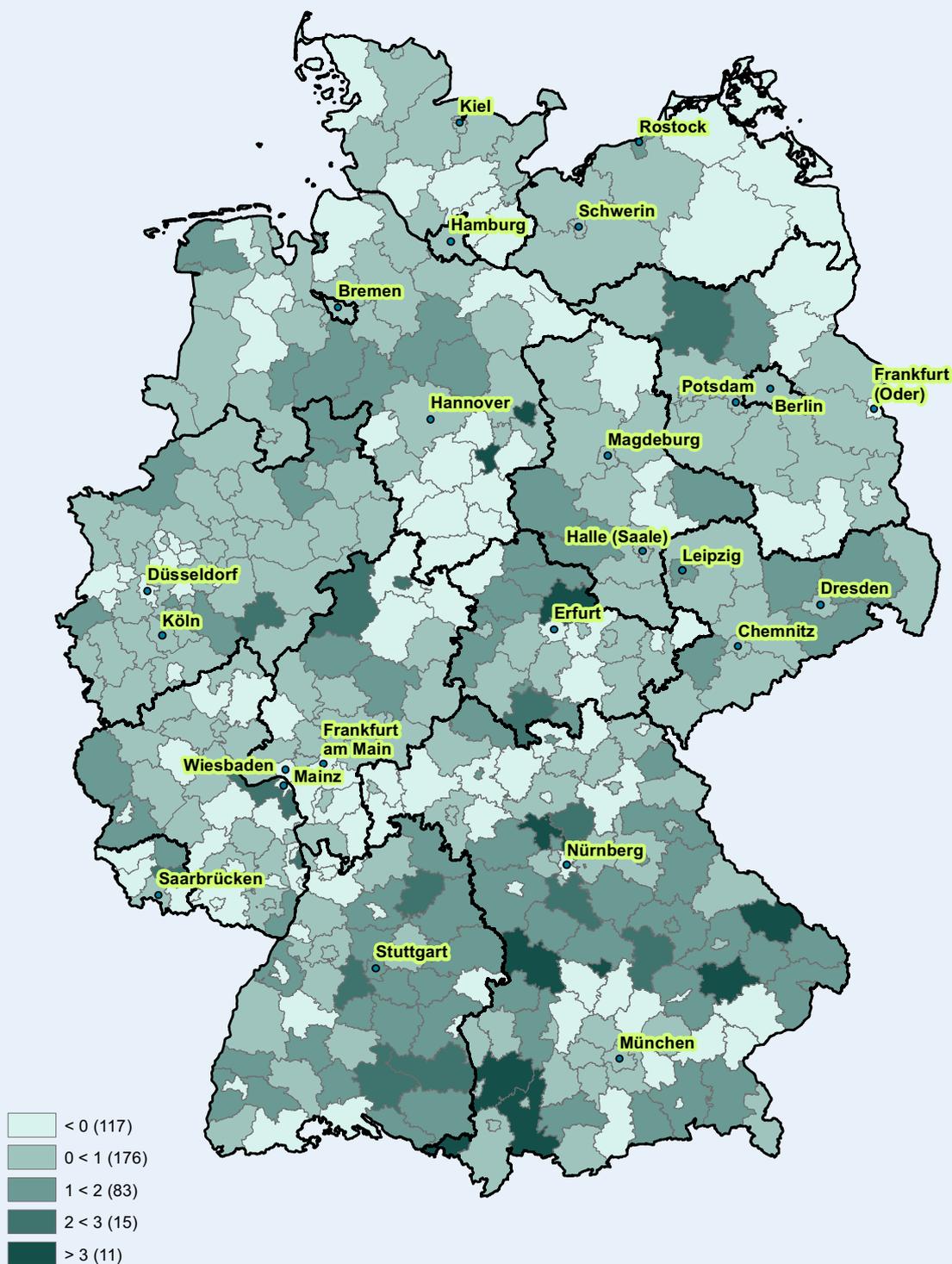
<sup>a</sup> In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH; kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

**Anhang Abbildung 2**

**Wachstumsbeiträge des Verarbeitenden Gewerbes zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit**

2011 bis 2014, in Prozentpunkten



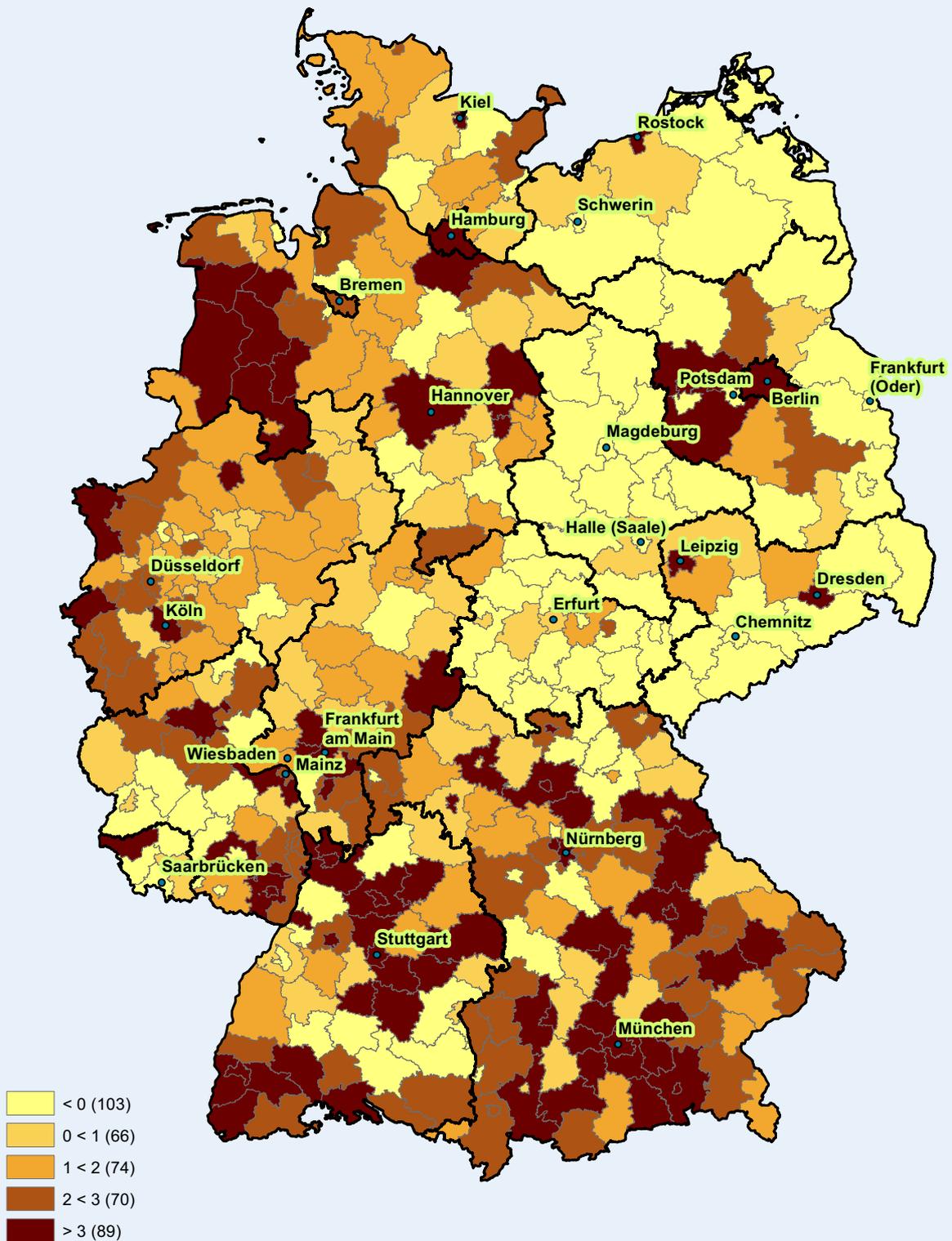
<sup>a</sup> In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH; kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH).

**Anhang Abbildung 3**

**Wachstumsbeiträge der Dienstleistungsbereiche zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit**

2011 bis 2014, in Prozentpunkten



<sup>a</sup> In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH; kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH)

# Einkommensverluste nach Arbeitsplatzverlusten: Kompensation vor allem durch staatliche Umverteilung

Daniel Fackler, Eva Hank

Zahlreiche Studien zeigen, dass unfreiwillige Arbeitsplatzverluste zu hohen und langfristigen Einkommensverlusten bei betroffenen Arbeitnehmern führen. Die vorliegende Studie verwendet Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), um erstmals umfassend zu untersuchen, ob und in welchem Ausmaß Verluste im individuellen Arbeitseinkommen durch alternative Einkommensquellen, Reaktionen anderer Haushaltsmitglieder und durch staatliche Umverteilung ausgeglichen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass Verdienstverluste vor allem durch staatliche Umverteilung kompensiert werden, wohingegen andere Kanäle nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ein Vergleich internationaler empirischer Evidenz zu den Verdienstaussfällen nach Arbeitsplatzverlusten spricht nicht dafür, dass staatliche Umverteilung den Anreiz, Verluste durch eigene Anstrengungen selbst auszugleichen, vermindert.

*JEL-Klassifikation: D10, I38, J63, J65*

*Schlagwörter: Arbeitsplatzverlust, Haushaltseinkommen, SOEP*

Täglich werden in Deutschland rund 30 000 Beschäftigungsverhältnisse begonnen und beendet.<sup>1</sup> Während solche Dynamiken am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Reallokationsprozesse im Allgemeinen als produktivitätssteigernd und daher gesamtwirtschaftlich positiv bewertet werden,<sup>2</sup> können sie insbesondere für Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze unfreiwillig (z. B. aufgrund von Betriebsschließungen oder Massenentlassungen) verlieren, schwerwiegende Folgen haben. Zahlreiche Studien zeigen, dass unfreiwillige Arbeitsverluste starke und langanhaltende negative Auswirkungen auf die individuellen Arbeitseinkommen und Löhne betroffener Arbeitnehmer haben.<sup>3</sup> Unter den Folgen unfreiwilliger Arbeitsplatzverluste leiden jedoch nicht nur betroffene Arbeitnehmer selbst, sondern auch deren Familien. Gleichzeitig können die durch den Arbeitsplatzverlust entstehenden

Einkommensverluste im Haushaltskontext auf verschiedene Art und Weise ausgeglichen werden.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Artikel der Frage nach, wie und in welchem Ausmaß diese Verluste durch alternative Einkommensquellen der Betroffenen selbst (z. B. aus selbstständiger Beschäftigung), durch Einkommen anderer Haushaltsmitglieder sowie durch staatliche Umverteilung kompensiert werden können. Anhand der Ergebnisse und eines Vergleichs mit internationaler empirischer Evidenz wird schließlich diskutiert, ob staatliche Umverteilung den Anreiz für einen Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt verringert.<sup>5</sup>

## Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel

Für die vorliegende Analyse werden Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen, seit 1984 jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung, verwendet. Das SOEP umfasst aktuell ca. 30 000 Individuen in etwa 11 000 Haushalten.<sup>6</sup>

1 Vgl. *Rothe, T.*: Tägliche Dynamik auf dem deutschen Arbeitsmarkt, in: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 90 (1), 2010, 64-66.

2 Vgl. z. B. *Davis, S. J.*; *Haltiwanger, J.*: Labor Market Fluidity and Economic Performance. *NBER Working Paper 20479*, 2014.

3 Für einen Überblick über die Literatur zu den Folgen unfreiwilliger Arbeitsplatzverluste siehe z. B. *Wachter, T. von*: Summary of the Literature on Job Displacement in the US and EU: What We Know and What We Would Like to Know, in: D. Marsden, F. Rycx (eds.), *Wage Structures, Employment Adjustments and Globalization – Evidence from Linked and Firm-level Panel Data*. Palgrave Macmillan: Basingstoke 2010, 64-121. Als theoretische Gründe für Lohnverluste kommen beispielsweise Humankapitalabschreibungen oder Verluste firmenspezifischer Lohnprämien infrage. Ein Überblick über die relevanten theoretischen Ansätze findet sich in *Carrington, W. J.*; *Fallick, B. C.*: Why Do Earnings Fall with Displacement? *Federal Reserve Bank of Cleveland Working Paper 14-05*. Cleveland 2014.

4 Obwohl der Anteil der Single-Haushalte im Zeitablauf gestiegen ist, lebten im Jahr 2011 in Deutschland immer noch 83% aller Personen in Mehr-Personen-Haushalten. Vgl. *Statistisches Bundesamt*: Mehr als ein Drittel der Haushalte in Deutschland sind Singlehaushalte. *Pressemitteilung Nr. 185 vom 28.05.2014*. Wiesbaden 2014.

5 Dieser Artikel basiert auf *Fackler, D.*; *Hank, E.*: Who Buffers Income Losses After Job Displacement? The Role of Alternative Income Sources, the Family, and the State. *IWH Discussion Papers No. 28/2016*.

6 Für ausführlichere Informationen zum SOEP siehe *Wagner, G. G.*; *Frick, J. R.*; *Schupp, J.*: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP): Scope, Evolution and Enhancements, in: *Schollers Jahrbuch 127, 2007*, 139-169.

Für die Identifikation unfreiwilliger Arbeitsplatzverluste wird die ab 1992 im SOEP enthaltene Frage verwendet, ob eine Person seit der letzten Erhebung ihren Arbeitsplatz gewechselt hat. Diejenigen Befragten, die angeben, ihre Arbeit aufgrund einer arbeitgeberseitigen Kündigung oder Firmenschließung gewechselt oder verloren zu haben (Treatment-Gruppe) werden mit einer Kontrollgruppe von Personen verglichen, die im jeweiligen Jahr keinen unfreiwilligen Arbeitsplatzwechsel angeben. Die Analyse umfasst Arbeitsplatzverluste in den Jahren 1992 bis 2008. Die Einkommensentwicklung wird über den Zeitraum von vier Jahren vor dem Arbeitsplatzverlust bis fünf Jahre danach betrachtet, sodass sich der gesamte Beobachtungszeitraum auf die Jahre 1987 bis 2013 erstreckt. In die Untersuchung einbezogen werden Personen, die im Jahr vor der Entlassung (bzw. für die Kontrollgruppe vor dem Jahr, in dem kein unfreiwilliger Arbeitsplatzwechsel stattfand) zwischen 25 und 55 Jahre alt und Vollzeit in abhängiger Beschäftigung in einem in Westdeutschland angesiedelten Betrieb angestellt waren.<sup>7</sup>

### Messung des Effekts von Arbeitsplatzverlusten

Um den Effekt eines unfreiwilligen Arbeitsplatzverlustes auf Verdienste und Einkommen verlässlich zu ermitteln, müssen Treatment- und Kontrollgruppe möglichst in Bezug auf alle Merkmale, die die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsplatzverlustes sowie das Einkommen beeinflussen, vergleichbar gemacht werden. Dazu wird im ersten Schritt durch ein so genanntes *propensity score matching* jedem Individuum der Treatment-Gruppe ein statistischer Zwilling aus der Kontrollgruppe zugewiesen, sodass beide Gruppen danach im Mittel dieselben beobachtbaren personen-, beschäftigungs- und haushaltsbezogenen Merkmale aufweisen. Da sich beide Gruppen zudem bezüglich nicht beobachtbarer Merkmale unterscheiden können, werden im zweiten Schritt Regressionen mit personenfixen Effekten geschätzt, wobei durch Mittelwertbereinigung zeitlich konstante, nicht beobachtbare Unterschiede herausgerechnet werden. Der Einkommensunterschied zwischen Treatment- und Kontrollgruppe wird dabei in einem Basisjahr (hier vier Jahre vor dem Arbeitsplatzverlust) auf null normiert.

Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit unterschiedliche Einkommensquellen bzw. staatliche

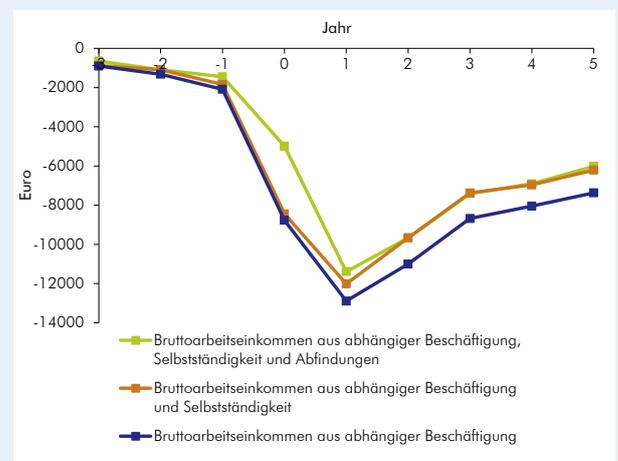
Umverteilung Verdienstverluste (bzw. Verluste im individuellen Arbeitseinkommen aus abhängiger Beschäftigung) nach Arbeitsplatzverlusten ausgleichen. Dazu werden beginnend beim individuellen Bruttoarbeitseinkommen aus abhängiger Beschäftigung schrittweise weitere Einkommensarten wie Einkommen aus Selbstständigkeit, Abfindungen oder staatliche Transfers hinzuaddiert bzw. Steuern abgezogen, um zu untersuchen, in welchem Maße diese zur Kompensation beitragen. Bei den Haushaltseinkommen wird eine Äquivalenzgewichtung gemäß der neuen OECD-Skala vorgenommen. Diese berücksichtigt, dass der finanzielle Bedarf eines Haushalts nicht eins zu eins mit der Zahl der Haushaltsmitglieder steigt, da beispielsweise Kosten für Miete oder Elektrogeräte von mehreren Personen geteilt werden.<sup>8</sup>

### Hohe individuelle Verdienstverluste – nur geringer Ausgleich durch alternative Einkommensquellen auf individueller Ebene

Abbildung 1 zeigt die Effekte von unfreiwilligen Arbeitsplatzverlusten auf individuelle Verdienstverläufe über die Zeit. Das Jahr  $t = 0$  stellt dabei das Jahr des Arbeitsplatzverlustes dar. Im Einklang mit früheren Studien zeigen die Ergebnisse hohe und persistente Verluste beim Einkommen aus abhängiger Beschäftigung. So haben von unfreiwilligem Arbeitsplatzver-

**Abbildung 1**

Individuelle Arbeitseinkommen von entlassenen im Vergleich zu nicht entlassenen Arbeitnehmern über die Zeit



Quellen: SOEP, Berechnungen und Darstellung des IWH.

<sup>7</sup> Der Ausschluss von in Ostdeutschland Beschäftigten ist dadurch begründet, dass die Daten nicht für den gesamten Zeitraum verfügbar sind.

<sup>8</sup> Für eine detaillierte Beschreibung von Äquivalenzskalen siehe *OECD: OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth*. OECD Publishing 2013, 173-174.

lust betroffene Personen im Jahr nach dem Jobverlust um rund 12 900 Euro niedrigere Verdienste als vergleichbare Personen der Kontrollgruppe. Dieser Unterschied verringert sich zwar über die Zeit, nach fünf Jahren ist aber immer noch eine Lücke von etwa 7 400 Euro vorhanden. Einkommen aus Selbstständigkeit verringern die Einkommenslücke nach der Entlassung um durchschnittlich etwa 1 000 Euro pro Jahr. Entsprechend kann der Eintritt in Selbstständigkeit individuelle Verdienstverluste kurz- und langfristig zumindest in geringem Maße ausgleichen. Abfindungen federn die Verluste kurzfristig deutlich ab, haben jedoch langfristig erwartungsgemäß keinen Einfluss.

### Staatliche Umverteilung als wichtigste Quelle der Kompensation

Abbildung 2 zeigt den Effekt von Arbeitsplatzverlusten auf äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen. Im Jahr nach einem Jobverlust ergibt sich eine Einkommenslücke von etwa 6 600 Euro im jährlichen Haushaltsarbeitseinkommen. Dieser Unterschied verringert sich über die Zeit, allerdings beträgt die Einkommenslücke zwischen Treatment- und Kontrollgruppe nach fünf Jahren immer noch rund 3 800 Euro. Die insgesamt geringeren Verluste im Haushaltseinkommen im Vergleich zum individuellen Einkommen können zum einen aufgrund der Äquivalenzgewichtung zustande kommen, da dadurch die Verluste auf mehrere Personen verteilt werden. Zum anderen kann es sein, dass andere Haushaltsmitglieder ihr Arbeitsangebot und damit ihr Einkommen als Reak-

tion auf den Jobverlust anpassen. Letztere Alternative wird im nächsten Abschnitt diskutiert.

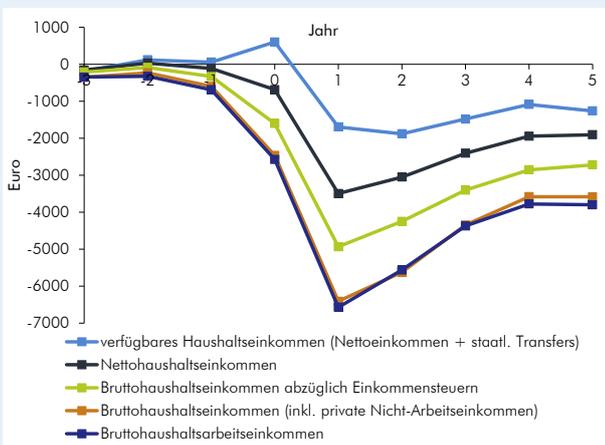
Der Vergleich von Haushaltsarbeitseinkommen und gesamtem Bruttohaushaltseinkommen zeigt, dass Nicht-Arbeitseinkommen (z. B. private Transfers, private Pensionen oder Kapitaleinkommen) keinen Beitrag zur Kompensation des Verlustes im Arbeitseinkommen leisten. Betrachtet man den Effekt von Steuern und Sozialabgaben, so wird deutlich, dass diese eine nicht unerhebliche (jeweils etwa gleich große) umverteilende Wirkung haben und somit eine wichtige Rolle beim Ausgleich des Verlustes spielen. So verringert sich durch Steuern und Sozialabgaben der Unterschied im Netto- verglichen mit dem Bruttohaushaltseinkommen im Jahr nach der Entlassung um etwa die Hälfte (auf etwa 3 500 Euro).

Diese Wirkung zeigt sich auch in der längeren Frist, da die Lücke im Nettohaushaltseinkommen nur noch rund 1 900 Euro beträgt. Letztlich zeigt eine Betrachtung des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens, dass staatliche Transfers die Einkommensunterschiede zwischen Treatment- und Kontrollgruppe noch weiter reduzieren. Der kurzfristige Einkommensverlust beträgt nur noch ca. 1 800 Euro, und nach fünf Jahren verbleibt lediglich ein (statistisch nicht signifikanter) Unterschied von etwa 1 200 Euro.

### Keine Anpassung des Arbeitseinkommens anderer Haushaltsmitglieder

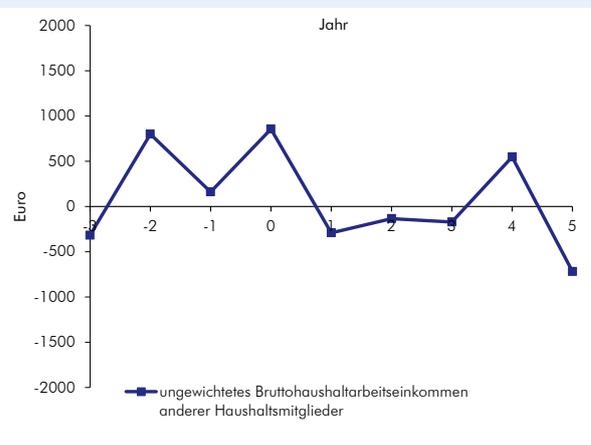
Abbildung 3 zeigt die Unterschiede im jährlichen Arbeitseinkommen anderer Haushaltsmitglieder – also

**Abbildung 2**  
Äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen von entlassenen im Vergleich zu nicht entlassenen Arbeitnehmern über die Zeit



Quellen: SOEP, Berechnungen und Darstellung des IWH.

**Abbildung 3**  
Haushaltsarbeitseinkommen anderer Haushaltsmitglieder im Vergleich zur Kontrollgruppe über die Zeit



Quellen: SOEP, Berechnungen und Darstellung des IWH.

das gesamte Haushaltsarbeitseinkommen abzüglich des Einkommens der befragten Person selbst – zwischen Treatment- und Kontrollgruppe. Dies soll Aufschluss darüber geben, ob andere Haushaltsmitglieder ihr Arbeitseinkommen als Reaktion auf den Jobverlust eines Haushaltsmitglieds anpassen (können) und somit der Haushalt direkt zur Kompensation von individuellen Verdienstverlusten beiträgt.

Die Ergebnisse zeigen über die Zeit hinweg nur sehr geringe und statistisch insignifikante Unterschiede zwischen Treatment- und Kontrollgruppe. Hieraus kann geschlossen werden, dass andere Haushaltsmitglieder – selbst wenn sie durch eine Ausweitung ihres Arbeitsangebots auf den Arbeitsplatzverlust reagieren – nicht in der Lage sind, zusätzliches Arbeitseinkommen zu generieren.

### Keine Hinweise auf negative Arbeitsanreize staatlicher Umverteilung

Wie bereits in vorangegangenen Arbeiten wurde in dieser Studie gezeigt, dass unfreiwillige Arbeitsplatzverluste zu starken und langanhaltenden individuellen Verdienstverlusten führen. Darüber hinaus wurde erstmals beleuchtet, inwieweit unterschiedliche Kanäle zu einer Kompensation dieser Verluste beitragen. Die Analyse hat gezeigt, dass Abfindungen kurzfristig für einen Ausgleich sorgen und dass Eintritte in Selbstständigkeit Verluste in der kurzen und längeren Frist zumindest in geringem Maße ausgleichen. Nicht-Arbeitseinkommen leistet hingegen keinen Beitrag zur Kompensation, wobei gleiches für zusätzliches Arbeitseinkommen anderer Haushaltsmitglieder gilt. Vielmehr zeigt sich, dass Ausfälle im Arbeitseinkommen nach Entlassungen in Deutschland vor allem durch staatliche Umverteilung ausgeglichen werden.

Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass von Arbeitsplatzverlusten betroffene Haushalte in Deutschland relativ gut durch den Staat abgesichert sind, während die entlassenen Arbeitnehmer selbst hohe Verluste im individuellen Bruttoarbeitseinkommen erfahren. Der Vermutung, dass generöse Wohlfahrtsstaaten negative Anreize zum Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt setzen, widerspricht allerdings, dass die Verluste im individuellen Bruttoarbeitseinkommen in Deutschland denen in weniger stark ausgeprägten Wohlfahrtsstaaten, wie den USA und Großbritannien, sehr ähnlich sind. Zudem zeigt beispielsweise eine international vergleichende Studie der OECD, dass die Verdienstverluste nach Arbeitsplatzverlusten in den

skandinavischen Ländern, die durch eher großzügige Wohlfahrtsstaatregimes geprägt sind, tendenziell sogar geringer ausfallen.<sup>9</sup> Die vorhandene empirische Evidenz deutet somit nicht darauf hin, dass staatliche Umverteilung den Anreiz, Verluste im Arbeitseinkommen durch eigene Anstrengungen selbst auszugleichen, vermindert.

Wenn auch die vorliegenden Ergebnisse nur geringe Verluste im verfügbaren Haushaltseinkommen aufzeigen, darf nicht vergessen werden, dass die Auswirkungen unfreiwilliger Arbeitsplatzverluste weitreichendere Folgen als rein finanzielle Einbußen nach sich ziehen. So finden einige Studien beispielsweise negative Effekte auf die Gesundheit und Lebenszufriedenheit betroffener Personen, den schulischen Erfolg ihrer Kinder sowie erhöhte Scheidungsraten.<sup>10</sup> Folglich sollte es nicht ausschließlich Ziel der Politik sein, entlassene Arbeitnehmer und ihre Familien finanziell abzusichern, sondern vor allem auch die Chancen für den baldigen Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt zu verbessern, um somit ebenso den weitreichenden nicht finanziellen Folgen von Arbeitsplatzverlusten entgegenzuwirken. 

<sup>9</sup> Vgl. *OECD: Back to Work: Re-employment, Earnings and Skill Use After Job Displacement*, in: OECD Employment Outlook 2013. OECD Publishing: Paris 2013, 191-233.

<sup>10</sup> Vgl. *Black, S. E.; Devereux, P. J.; Salvanes, K. G.: Losing Heart? The Effect of Job Displacement on Health*, in: *Industrial and Labor Relations Review*, Vol. 68 (4), 2015, 833-861. – *Eliason, M.: Lost Jobs, Broken Marriages*, in: *Journal of Population Economics*, Vol. 25 (4), 2012, 1365-1397. – *Kassenboehmer, S. C.; Haisken-DeNew, J. P.: Your're Fired! The Causal Negative Effect of Entry Unemployment on Life Satisfaction*, in: *Economic Journal*, Vol. 119 (536), 2009, 448-462. – *Oreopoulos, P.; Page, M.; Stevens, A. H.: The Intergenerational Effects of Worker Displacement*, in: *Journal of Labor Economics*, Vol. 26 (3), 2008, 455-483.



**Dr. Daniel Fackler**

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

[Daniel.Fackler@iwh-halle.de](mailto:Daniel.Fackler@iwh-halle.de)



**Eva Hank**

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

[Eva.Hank@iwh-halle.de](mailto:Eva.Hank@iwh-halle.de)

# Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel SKET Magdeburg

Gerhard Heimpold

Die erste Privatisierung des Stammbetriebs des ehemaligen VEB Schwermaschinenbau-Kombinats „Ernst Thälmann“ (SKET) scheiterte nach zwei Jahren, und das Unternehmen ging 1996 in die Gesamtvollstreckung. Im Jahr 1998 wurden in einem zweiten Anlauf die fünf geschaffenen Auffanggesellschaften allesamt privatisiert, allerdings mit nur wenigen Beschäftigten. In einem Fall entstand eine völlig neue Produktion: die Herstellung von Komponenten für Windenergieanlagen. Der Aufschwung der erneuerbaren Energien hat den Magdeburger Schwermaschinenbauern in die Hände gespielt. Die Verfügbarkeit großer Industrieflächen war ebenfalls förderlich für diese Branche, ebenso die Kompetenzen in der Bearbeitung großer Maschinenteile. Auch andere Geschäftsfelder des früheren Schwermaschinenbau-Kombinats leben in Form mittelständischer Unternehmen fort: die Entwicklung und Herstellung von Maschinen zur Verarbeitung von Ölsaaten, Maschinen in den Bereichen Kabel- und Stahlseiltechnik, Walzwerksausrüstungen sowie EDV-Dienstleistungen.

*JEL-Klassifikation: P20, R11*

*Schlagwörter: Ostdeutschland, industrieller Kern, Transformation, Maschinenbau, Forschung und Entwicklung, Investitionen*

Der Beitrag bildet eine Fortsetzung der Artikelserie über industrielle Kerne in Ostdeutschland.<sup>1</sup> Gegenstand sind ehemals volkseigene Betriebe der DDR, für die sich in den frühen 1990er Jahren im Rahmen der Privatisierung zunächst kein Käufer fand. Zur Vermeidung einer dauerhaften De-Industrialisierung wurde versucht, industrielle Kerne zu erhalten. Nach mehr als einem Vierteljahrhundert Deutscher Einheit soll exemplarisch untersucht werden, wie es in diesen industriellen Kernen nunmehr aussieht, welche Veränderungen eingetreten sind und welche Entwicklungsperspektiven sich dort abzeichnen. Auch neuere empirische Arbeiten, die sich mit den Langfristeffekten der Industrialisierung befassen, motivieren

diese Artikelserie.<sup>2</sup> Günstige wirtschaftliche Entwicklungsbedingungen existieren nach regionalökonomischen Vorstellungen, wenn in den Kernen durch Investitionen modernes Sachkapital geschaffen wird und qualifizierte Fachkräfte vorhanden sind, die Standortregion eine diversifizierte Unternehmenslandschaft aufweist, die zugleich Anknüpfungspunkte für den betreffenden Kern bildet, und idealerweise eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten stattfinden. Demgemäß fokussiert dieser Beitrag auf Investitionen, Beschäftigungssituation sowie das regionale Umfeld und die Forschungsaktivitäten. Gegenstand des Artikels sind die Unternehmen, die ihre Wurzeln im Stammbetrieb des VEB Schwermaschinenbau-Kombinat „Ernst Thälmann“ (SKET) Magdeburg haben.<sup>3</sup> Den Einstieg bildet ein Überblick über die historischen Wurzeln des Unternehmens SKET.

1 Im Rahmen dieser Artikelserie wurden bereits veröffentlicht: Heimpold, G.: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Chemiestandorts Bitterfeld-Wolfen, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (6), 2015, 110-113. – ders.: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Metallurgiestandorts Eisenhüttenstadt, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 22 (3), 2016, 57-60. – ders.: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Chemiestandorts Schkopau, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 22 (4), 2016, 73-76. – ders.: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel der JENOPTIK AG, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 22 (5), 2016, 97-100.

2 Vgl. Franck, R.; Galor, O.: Is Industrialization Conducive to Long-run Prosperity? Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. *IZA Discussion Paper No. 9158*. Bonn 2015.

3 Die Untersuchung dieses Fallbeispiels erfolgte im Zusammenhang mit der Mitwirkung des IWH im Korean German Research Network on Unification Studies, innerhalb dessen das IWH seit Frühjahr 2014 Erfahrungen der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands aufbereitet und mit Gesprächspartnern des Korea Institute for International Economic Policy (KIEP) und des Ministry of Strategy and Finance der Republik Korea diskutiert.

## Historische Ursprünge<sup>4</sup>

Die Tradition des Magdeburger Schwermaschinenbaus reicht bis zum Jahr 1855 zurück, als Hermann Gruson ein Unternehmen errichtete, das in den Bereichen Eisengießerei, Maschinen- und Schiffbau tätig war. Ab 1893 gehörte es zum Krupp-Konzern. Nach 1945 war das Unternehmen zunächst eine sowjetische Aktiengesellschaft, die im Jahr 1954 in das Volkseigentum der DDR überging und als VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ Magdeburg-Buckau firmierte. Im Jahr 1969 erfolgte die Bildung eines Kombinats, des VEB Schwermaschinenbau-Kombinats „Ernst Thälmann“ (Abkürzung SKET), zu dem 19 Betriebe mit rund 29 000 Beschäftigten gehörten (30.06.1990), und der Stammbetrieb hatte seinen Sitz in Magdeburg.<sup>5</sup>

Im Juni 1990 wurden acht frühere Betriebe des SKET unter dem Dach der SKET Maschinen- und Anlagenbau AG der Treuhandanstalt zwecks Privatisierung zugeordnet. Ein McKinsey-Gutachten soll damals als Schwächen der AG die Heterogenität der Unternehmensstruktur, die große Zahl von Standorten, die starke Orientierung auf die östlichen Märkte und die niedrige Produktivität sowie als Stärken die Kenntnis der Märkte der ehemaligen Sowjetunion, die Kompetenz im Kerngeschäft, die Erfahrung mit Großvorhaben sowie motivierte Mitarbeiter attestiert haben.<sup>6</sup> Für Zwecke der Sanierung der SKET AG sollten laut Beschluss der Treuhandanstalt bis 1995/1996 eine Mrd. DM verausgabt werden. Vorgesehen waren Avalkredite, Liquiditätskredite, weitere Darlehen, Kredite für Investitionen sowie Gelder für die Eigenkapitalausstattung.<sup>7</sup> Die EU-Kommission hat allerdings Beihilfen in Höhe von 300 Mio. ECU (588 Mio. DM),<sup>8</sup> die die Bundesanstalt für

vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) der SKET Schwermaschinenbau Magdeburg GmbH (SKET SMM) gewährt hatte, als unvereinbar mit den Regeln des Gemeinsamen Marktes erklärt und deren Rückforderung verlangt.<sup>9</sup>

Im Jahr 1994 wurden 51% der SKET-Anteile an die Oestmann & Borchert Industriebeteiligungen veräußert.<sup>10</sup> Diese Privatisierung war jedoch nicht erfolgreich. Ein Antrag auf Gesamtvollstreckung wurde am 15. Oktober 1996 gestellt, für die als eine wesentliche Ursache die Erschließung neuer Märkte unter Inkaufnahme von Verlusten gesehen wurde; diese sollen das Doppelte des Umsatzes betragen haben.<sup>11</sup> Im Zuge der Gesamtvollstreckung wurden fünf Auffanggesellschaften gegründet, die sich nach Produktparten gliederten: Maschinen- und Anlagenbau, Ölmaschinen, Verseilmaschinen, Walzwerkstechnik sowie EDV-Dienstleistungen.<sup>12</sup> Alle fünf Unternehmen konnten privatisiert werden, allerdings mit nur wenigen Beschäftigten. Die Europäische Kommission verwendete in ihren Beihilfe-Dokumenten den Begriff der „Baby-SKETs“<sup>13</sup>. Anfang 1998 wurde die SKET Maschinen- und Anlagenbau GmbH durch den Windenergieanlagenhersteller ENERCON übernommen und firmiert inzwischen als SKET GmbH.<sup>14</sup> Die Ölmaschinenherstellung wurde 1997 von der CIMBRIA-Gruppe übernommen, gehört seit 2011 zur CPM-Gruppe und firmiert seitdem als CPM-SKET.<sup>15</sup> Die Verseilmaschinenherstellung wurde im Jahr 1997 von Johannes Erich Wilms, einem Unternehmer aus Menden, erworben und

Durchschnittswert der ECU für den Monat Mai 1997. BMF, Schreiben vom 02.06.1997 – IV C 4 - S 7329 - 16/97.

4 Die Ausführungen in diesem Abschnitt fußen, sofern nichts anders angegeben ist, auf *Ladwig, E.: Schwermaschinenbau-Kombinat (SKET) Magdeburg. „Krupp und Krause“ wird neu inszeniert*, in: *Wochenzeitung Die Wirtschaft* (Hrsg.): *Kombinate. Was aus ihnen geworden ist. Reportagen aus den neuen Ländern, 1. Auflage*. Verlag der Wirtschaft GmbH: Berlin, München 1993, 271-282. – *SKET: Über uns. Geschichte*, letzte Aktualisierung: 26.01.2016, online unter <http://www.sket.de/geschichte.html>.

5 Vgl. *Zentralgeleitete Kombinate der Industrie und des Bauwesens nach Ministerien*. Stand 30.06.1990. Statistisches Betriebsregister der DDR, in: *Wochenzeitung Die Wirtschaft* (Hrsg.): *Kombinate. Was aus ihnen geworden ist*, a. a. O., 377-381, hier 379.

6 Vgl. *Ladwig, E.: Schwermaschinenbau-Kombinat (SKET) Magdeburg. „Krupp und Krause“ wird neu inszeniert*, a. a. O., 274.

7 Vgl. *Tonn, J.: Konzentration aufs Kerngeschäft. Das Umstrukturierungskonzept des Vorstandes der SKET AG*, in: *Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat der SKET AG* (Hrsg.): *SKET – Noch eine Chance für die Region*. Fachtagung von Hans-Böckler-Stiftung, Betriebsrat der SKET AG und IG Metall am 30. August 1993 in Magdeburg. Düsseldorf 1993, 41-46, hier 44.

8 Durchschnittswert der ECU für Mai 1997 laut Festlegung der Kommission der EG: 1,96 DM, vgl. *Der Betrieb: Umrechnungskurse und*

9 Europäische Kommission: *Staatliche Beihilfen Deutschland: Beihilfen zugunsten der SKET Schwermaschinenbau Magdeburg GmbH in Sachsen-Anhalt*. IP/97/430. Brüssel, den 22. Mai 1997, online unter [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-97-430\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-97-430_de.htm).

10 Vgl. *Staatliche Beihilfen C 16/95 Deutschland* (96/C 298/02). Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 93 Absatz 2 EG-Vertrag an die übrigen Mitgliedstaaten und anderen Beteiligten über die Beihilfemaßnahmen der deutschen Regierung zugunsten der SKET Schwermaschinenbau Magdeburg GmbH, Magdeburg, Sachsen-Anhalt, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. C 298/2-8*, hier 2.

11 Vgl. *Landtag von Sachsen-Anhalt. Zweite Wahlperiode: Abschlußbericht des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die Privatisierung von Treuhandbetrieben betreffend*. Drucksache 2/4692, 02.03.1998, 42, online unter <http://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp2/drs/d4692vbe.pdf>.

12 Vgl. *SKET: Über uns. Geschichte*, a. a. O.

13 *Europäische Kommission: Staatliche Beihilfe an SKET Walzwerkstechnik (Deutschland) von EU-Kommission genehmigt*, IP/00/1460, Brüssel, den 13. Dezember 2000, online unter [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-00-1460\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-00-1460_de.htm).

14 Vgl. *Ziem, V.: ENERCON-Gruppe in Magdeburg*, in: *G. Ihlow et al. (Hrsg.), Der Maschinen- und Anlagenbau in der Region Magdeburg zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. Verlag Delta-D, Axel Kühling: Magdeburg 2014, 261-262.

15 Vgl. *CPM SKET: ERFAHRUNG UND LEISTUNG*, ohne Jahresangabe, online unter <http://www.cpm-sknet.net/profil/cpm-sknet/>.

trägt nunmehr den Namen SKET Verseilmaschinenbau GmbH.<sup>16</sup> Im April 1998 wurde die Münchmeyer Petersen GmbH & Co KG (MPC) neuer Eigentümer der SKET Walzwerkstechnik.<sup>17</sup> Heute knüpft die MWE Magdeburger Walzwerk Engineering GmbH als Unternehmen der Küttner-Gruppe Essen an die SKET-Tradition im Bereich der Walzwerkstechnik an.<sup>18</sup> Der EDV-Dienstleister wurde Juni 1997 von der data experts gmbh mit Standorten in Neubrandenburg, Berlin und Magdeburg übernommen und ist als SKET EDV GmbH tätig.<sup>19</sup> Für die SKET-Nachfolger hat die EU-Kommission Finanzhilfen von zusammengekommen rund 232 Mio. DM genehmigt.<sup>20</sup>

## Restrukturierung und Investitionen

In großem Maßstab investierte der Windkraftanlagenhersteller ENERCON in neue Produktionsstätten in Magdeburg.<sup>21</sup> Neben der Übernahme der SKET Maschinen- und Anlagenbau GmbH gründete ENERCON bereits 1997 in Magdeburg das Unternehmen SAM Stahlurm- und Apparatebau Magdeburg GmbH und später die Windgeneratorenfertigung Magdeburg GmbH sowie die Rotorblattfertigung Magdeburg GmbH. ENERCON startete die Entwicklung eines dritten Bereichs in Magdeburg-Rothensee im Jahr 2000. Dort hat im Jahr 2014 auch ein vierter Bereich, der ebenfalls Teile für Windkraftanlagen herstellt, den Betrieb aufgenommen. Zwei weitere ENERCON-Produktionsbetriebe wurden Anfang 2015 in Magdeburg am Standort Industriestraße, mit einem entsprechenden Flächenangebot für Produktion und Logistik, eingeweiht:<sup>22</sup> die Magdeburger Komponentenfertigung GmbH (MKF) und die Magdeburger Generatorfertigung GmbH (MGF).

16 Vgl. Godau, G.: SKET Verseilmaschinenbau GmbH, Magdeburg, in: G. Ihlow et al. (Hrsg.), a. a. O., 321-323, hier speziell 321.

17 Vgl. Europäische Kommission: Staatliche Beihilfe an SKET Walzwerkstechnik (Deutschland) von EU-Kommission genehmigt, a. a. O.

18 Vgl. Krampitz, M.: MWE Magdeburger Walzwerk Engineering GmbH – Ein Unternehmen der Küttner-Gruppe Essen, in: G. Ihlow et al. (Hrsg.), a. a. O., 306-308, hier speziell 306.

19 Vgl. Meißner, I.; Leditschke, G.: SKET EDV GmbH, Magdeburg, in: G. Ihlow et al. (Hrsg.), a. a. O., 317 f., hier speziell 317.

20 Berechnungen des IWH auf der Grundlage von Beihilfe-Informationen der Europäischen Kommission, die aus Internet-Recherchen stammen und beim Autor verfügbar sind.

21 Vgl. zu den in diesem Absatz dargestellten Aktivitäten der ENERCON Gruppe in Magdeburg, sofern nichts anderes angegeben wurde: Ziem, V.: ENERCON-Gruppe in Magdeburg, a. a. O., 261 f.

22 Vgl. ENERCON GmbH: Zwei neue Produktionsstätten für ENERCON in Magdeburg eingeweiht. Magdeburger Komponentenfertigung GmbH und Magdeburger Generatorfertigung GmbH produzieren Komponenten für ENERCON Windenergieanlagen. ENERCON Pressemitteilung. Magdeburg, 8. Januar 2015, online unter [http://www.enercon.de/p/downloads/PM\\_Einweihung\\_MKF\\_MGF\\_Magdeburg.pdf](http://www.enercon.de/p/downloads/PM_Einweihung_MKF_MGF_Magdeburg.pdf). – 2016 ENERCON GmbH: Zwei neue Produktionsstätten für ENERCON in Magdeburg eingeweiht, in: <http://www.enercon.de/de/aktuelles/zwei-neue-produktionsstaetten/>.

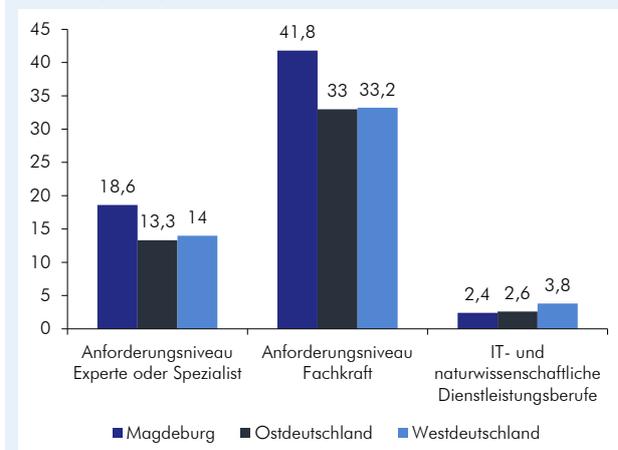
## Beschäftigung

Die SKET Schwermaschinenbau Magdeburg GmbH (SKET SMM) hatte im Juni 1990 rund 12 600 Beschäftigte.<sup>23</sup> Ende 1990 waren es 10 168, Mitte 1993 noch 3 552. Von den zwischen Ende 1990 und Mitte 1993 aus dem Stammpersonal ausgeschiedenen 6 616 Beschäftigten gingen 2 397 in Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung, 1 205 in den Altersübergang, 1 070 in eine Gemeinnützige Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH, 243 konnten auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden und 143 fanden im Rahmen von ausgegliederten oder verselbstständigten Aktivitäten eine Beschäftigung. Weitere Personen schieden durch übliche Fluktuation, Vorruhestand oder Ruhestand oder mit Abfindungen im Rahmen von Sozialplanregelungen aus. Kurz nach der Gesamtvollstreckung standen bei SKET laut einem Pressebericht noch 1 500 Beschäftigte auf der Gehaltsliste,<sup>24</sup> in einem Pressebeitrag vom April

### Abbildung

#### Anteil von Beschäftigten in Magdeburg nach Qualifikationsmerkmalen 2013

Beschäftigte insgesamt = 100%



Quellen: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2016. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Bonn 2016; Berechnungen und Darstellung des IWH.

23 Diese und die nachfolgenden Informationen über die Beschäftigtenentwicklung bei SKET SMM stammen, sofern nichts anderes angegeben ist, aus Neumann, U.; Pokrzywnicki, P. v.: Die Konsequenzen der Umstrukturierung von SKET für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Region Magdeburg. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf, Auftragnehmerin: Gesellschaft zur Förderung arbeitsorientierter innovativer Strukturentwicklung in Sachsen-Anhalt e. V. Magdeburg. Manuskripte 132. Hans-Böckler-Stiftung: Düsseldorf 1993, 12.

24 DIE WELT: Rettungskonzept für Sket fast fertig. 200 Millionen Mark zusätzliche Kosten zur Sanierung. Stand: 18.11.1996, online unter <https://www.welt.de/print-welt/article657156/Rettungskonzept-fuer-Sket-fast-fertig.html>.

1998 wurden noch 683 bei den SKET-Nachfolgern genannt.<sup>25</sup> Der Arbeitsplatzzuwachs in den ENERCON-Betrieben in Magdeburg wurde Anfang 2015 auf 4 700 Arbeitsplätze seit 1998 beziffert.<sup>26</sup>

## Regionale Umgebung, überregionaler Status und Forschung und Entwicklung

Magdeburg ist der Standort nicht nur der SKET-Nachfolger. Im Maschinen- und Anlagenbau sind in der Region nach Angaben der Stadtverwaltung rund 60 Unternehmen mit ungefähr 11 000 Beschäftigten tätig.<sup>27</sup> ENERCON hat in Magdeburg 15 Unternehmen (Stand 2014).<sup>28</sup> Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU), die Hochschule Magdeburg-Stendal und das Fraunhofer Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung IFF bieten für Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus entsprechende Ausbildungs- und Forschungskapazitäten. So gehört zum Forschungsprofil des Instituts für Mikro- und Sensorsysteme der OvGU auch die Entwicklung von Sensoren, die in Windkraftanlagen eingesetzt werden.<sup>29</sup> Magdeburg verfügt über einen Anteil von Beschäftigten mit dem Anforderungsniveau Fachkraft und von solchen mit dem Anforderungsniveau Experte oder Spezialist, der über den ost- und westdeutschen Durchschnittswerten liegt. Bei IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufen steht Magdeburg allerdings ungünstiger da, als es in Westdeutschland im Durchschnitt der Fall ist (vgl. Abbildung).

Der Forschungs- und Entwicklungsbereich des Unternehmens ENERCON ist in Aurich (Niedersachsen) ansässig.<sup>30</sup> Gleichwohl findet in den Magdeburger ENERCON-Produktionsstätten Prozessinnovation statt,

etwa durch Einführung moderner Bearbeitungsverfahren für Großbauteile von Windenergieanlagen.<sup>31</sup> Bei den anderen SKET-Nachfolgern des Maschinen- und Anlagenbaus und auch im IT-Bereich werden Entwicklungsarbeiten durchgeführt, um kundenspezifische Lösungen zu erbringen.<sup>32</sup>

Das Beispiel der SKET-Privatisierung zeigt, dass Strukturwandel mitunter einen sehr langen Atem braucht. Die Nachfrage nach Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, hier der Windenergie, spielte den Magdeburger Schwermaschinenbauern in die Hände. Allerdings kennt der Strukturwandel keinen Stillstand. Windenergieanlagen-Hersteller stehen weltweit vor Entscheidungen, welche Komponenten im eigenen Unternehmen gefertigt und bei welchen die Fertigung im Interesse von Flexibilität und Kostenreduzierung in andere Unternehmen verlagert werden.<sup>33</sup> Beides – Eigenfertigung und Outsourcing – hat nach Experteneinschätzung Vor- und Nachteile. Fertigung am Schwermaschinenbaustandort Magdeburg erfordert, die Ausstattung mit entsprechenden Fachkräften auch in Zukunft zu sichern – was unter den Bedingungen des demographischen Wandels eine große Herausforderung darstellen wird. 

25 Diese Zahl umfasst auch die Beschäftigten bei den ehemaligen SKET-Töchtern Herborn und Breitenbach sowie Entstaubungstechnik Magdeburg GmbH. Vgl. Der Tagesspiegel: Das letzte Kapital der Sket-Privatisierung ist abgeschlossen. 18.04.1998, online unter <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/das-letzte-kapital-der-sket-privatisierung-ist-abgeschlossen/38000.html>.

26 Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt: Neuer ENERCON-Standort in Magdeburg eingeweiht. 08.01.2015, in: <http://www.investieren-in-sachsen-anhalt.de/presse/nachrichten-iisa/2015/01/ENERCON-Standort>.

27 Vgl. Klaus, J.: Maschinen- und Anlagenbau, GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH, Landeshauptstadt Magdeburg 2012, online unter <http://www.magdeburg.de/Start/Wirtschaft-Arbeit/Wirtschaftsstandort/Schwerpunktbranchen/Maschinen-und-Anlagenbau>.

28 Vgl. Ziem, V.: ENERCON-Gruppe in Magdeburg, a. a. O., 262.

29 Vgl. Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik EIT: Forschungsbericht 2015, in: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: *Forschungsbericht 2015*, 88, 91.

30 Vgl. ENERCON GmbH: Forschung & Entwicklung. Innovation Excellence, online unter <http://www.enercon.de/unternehmen/forschung-entwicklung/>.

31 Vgl. Ziem, V.: ENERCON-Gruppe in Magdeburg, a. a. O., 262.

32 Vgl. Noack, H.; Rasehorn, H.-J.: CPM SKET GmbH, Magdeburg, in: G. Ihlow et al. (Hrsg.), a. a. O., 256. – Krampitz, M.: MWE Magdeburger Walzwerk Engineering GmbH – Ein Unternehmen der Küttner-Gruppe Essen, a. a. O., 307 f. – Godau, G.: SKET Verseilmaschinenbau GmbH, Magdeburg, a. a. O., 322 f. – Meißner, I.; Leditschke, G.: SKET EDV GmbH, Magdeburg, a. a. O., 317 f.

33 Vgl. zu diesen und den nachfolgend skizzierten Tendenzen bei Windkraftanlagen-Herstellern weltweit James Lawson, Contributor: To Keep Wind Competitive, Manufacturing Ups Its Game, in: RENEWABLE ENERGY WORLD, April 2, 2013, in: <http://www.renewableenergyworld.com/articles/print/volume-16/issue-2/wind-power/to-keep-wind-competitive-manufacturing-ups-its-game.html>.



**Dr. Gerhard Heimpold**

Stellvertretender Leiter der Abteilung  
Strukturwandel und Produktivität

[Gerhard.Heimpold@iwH-halle.de](mailto:Gerhard.Heimpold@iwH-halle.de)

## 6<sup>th</sup> IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy: “(Ending) Unconventional Monetary Policy”

Birgit Schultz, Gregor von Schweinitz

Am 29. und 30. September 2016 fand am IWH in Zusammenarbeit mit dem International Network for Economic Research (INFER) der 6. Workshop in der Reihe „Applied Economics and Economic Policy“ statt. Im Rahmen des Workshops stellten Wissenschaftler europäischer Universitäten und internationaler Organisationen ihre neuesten Forschungsergebnisse zu aktuellen ökonomischen Fragen und Problemen vor und diskutierten diese intensiv. Insbesondere gab es einen regen Austausch über das Spezialthema „(Ending) Unconventional Monetary Policy“. Hier ging es vor allem um die geldpolitischen Maßnahmen und Instrumente, die neben dem Zentralbankzins seit der Finanzkrise eingesetzt werden.

### Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung

Die auf dem Workshop präsentierten Beiträge zeigten die vielfältigen Facetten des Spezialthemas und gaben einen umfassenden Überblick dazu. Die breit angelegte Keynote von *Peter Praet* (Europäische Zentralbank) beschäftigte sich mit der Frage, wie Geldpolitik und Finanzzyklen zusammenhängen. Dabei stellte Herr Praet zahlreiche unterschiedliche Aspekte der Konsequenzen von unkonventioneller Geldpolitik seit der globalen Finanzkrise vor und zeigte ihre Wirkung für Europa. Damit legte er den Grundstein für die folgenden 13 Vorträge. Diese beleuchteten die unkonventionelle Geldpolitik von verschiedenen Seiten. In mehreren Präsentationen wurden VAR-Analysen und dynamische stochastische Gleichgewichtsmodelle verwendet, um geldpolitische Schocks und makroökonomische Reaktionen zu identifizieren. Andere Vorträge gingen eher auf die mikroökonomischen Aspekte ein, indem sie die Reaktion einzelner Firmen und Industrien betrachteten. Auch die regionale Fokussierung der einzelnen Forschungsfragen unterschied sich stark. Neben den empirisch ausgerichteten Beiträgen wurden zudem theoretische Überlegungen zu unkonventioneller Geldpolitik vorgetragen. Jeder der Vorträge wurde von einem Diskutanten kommentiert, ergänzt und mit exzellenten Vorschlägen für weitere Forschungsfragen ergänzt.

Insgesamt bekamen die Teilnehmer während des 6. IWH/INFER-Workshops einen umfassenden Überblick

über die unterschiedlichen Aspekte unkonventioneller Geldpolitik. Auch zeigte sich, dass beim Verständnis der Funktionsweise besonderer geldpolitischer Maßnahmen mittlerweile große Fortschritte erzielt wurden. Dies dürfte positive Folgen für die Wirksamkeit von Geldpolitik haben.



Keynote von Peter Praet (Europäische Zentralbank).

Foto: IWH.

Die Veranstalter bedanken sich herzlich bei allen Gästen, Referentinnen und Referenten für die Teilnahme und freuen sich darauf, im kommenden Jahr den 7. IWH/INFER-Workshop „Applied Economics and Economic Policy“ mit Präsentationen zu angewandter Wirtschaftspolitik fortsetzen zu können. 📌



**Birgit Schultz**

Abteilung Makroökonomik

[Birgit.Schultz@iwh-halle.de](mailto:Birgit.Schultz@iwh-halle.de)



**Dr. Gregor von Schweinitz**

Abteilung Makroökonomik

[Gregorvon.Schweinitz@iwh-halle](mailto:Gregorvon.Schweinitz@iwh-halle)

## Diskussionspapiere

### Bracket Creeps: Bane or Boon for the Stability of Numerical Budget Rules?

As taxpayers typically pay relatively low attention to a small inflation-induced bracket creep of the income tax, policy-makers tend to postpone its correction into the future. However, the fiscal illusion fades away and political pressure for a tax relief arises since after some years, the cumulative increase of the average tax rate exceeds a critical threshold. Using Germany as an example, this paper shows that bracket creeps can provoke revenue cycles in public budgets

hindering governments' compliance with the numerical budget rules. An indexation of the tax tariff, which provides an automatic correction of the bracket creep could prevent such fluctuations and thus provides a favorable framework for the debt rule.

---

Martin Altemeyer-Bartscher, Götz Zeddies: Bracket Creeps: Bane or Boon for the Stability of Numerical Budget Rules? *IWH Discussion Papers No. 29/2016*. Halle (Saale) 2016.

### The European Refugee Crisis and the Natural Rate of Output

The European Commission follows a harmonized approach for calculating structural (potential) output for EU member states that takes into account labor as an important ingredient. This paper shows how the recent huge migrants inflow to Europe affects trend output. Due to the fact that the immigrants immediately increase the working population but effectively do not enter the labor market, we illustrate that the potential output is potentially upward biased without

any corrections. Taking Germany as an example, we find that the average medium-term potential growth rate is lower if the migration flow is modeled adequately compared to results based on the unadjusted European Commission procedure.

---

Katja Heinisch, Klaus Wohlrabe: The European Refugee Crisis and the Natural Rate of Output. *IWH Discussion Papers No. 30/2016*. Halle (Saale) 2016.

### Borrowers Under Water! Rare Disasters, Regional Banks, and Recovery Lending

We test if and how banks adjust their lending in response to disaster risk in the form of a natural catastrophe striking its customers: the 2013 Elbe flooding. The flood affected firms in East and South Germany, and we identify shocked banks based on bank-firm relationships gathered for more than a million firms. Banks with relationships to flooded firms lend 13-23% more than banks without such customers compared to the preflooding period. This lending hike is associated

with higher profitability and reduced risk. Our results suggest that local banks are an effective mechanism to mitigate rare disaster shocks faced especially by small and medium firms.

---

Michael Koetter, Felix Noth, Oliver Rehbein: Borrowers Under Water! Rare Disasters, Regional Banks, and Recovery Lending. *IWH Discussion Papers No. 31/2016*. Halle (Saale) 2016.

## Veranstaltungen

Mittwoch, 22. Februar 2017, Halle (Saale)

### „Von der Transformation zur Europäischen Integration: Wachstumsfaktor Bildung besser nutzen“

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) führt am 22. Februar 2017 von 10:00 bis 16:00 Uhr eine Tagung durch, die auch Wissenschaftlern aus mit dem IWH vernetzten Instituten und Universitäten die Gelegenheit geben wird, Forschungsergebnisse zu verschiedenen Aspekten des Wachstumsfaktors Bildung zu präsentieren. Am Nachmittag findet ein Podiumsgespräch zum Thema „Hochschulen als Wachstumsmotoren stärken – wie geht das?“ mit Professor Dr. Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und stellvertretender Präsident des IWH, und Gästen statt, die wichtige Expertise zu diesem Thema einbringen können. Die Veranstaltung richtet sich an Parlamentarier, Mitarbeiter aus Ministerien, Wirtschaftskammern, Unternehmen, Wissenschaftler sowie Vertreter ausländischer Botschaften.

Donnerstag, 23. März 2017 bis Samstag, 25. März 2017, Halle (Saale)

### 22<sup>nd</sup> Spring Meeting of Young Economists

The Halle Institute for Economic Research (IWH)–Member of the Leibniz Association, and the Martin Luther University Halle-Wittenberg are organising the 22<sup>nd</sup> Spring Meeting of Young Economists to be held in Halle (Saale), Germany from March 23<sup>rd</sup> to 25<sup>th</sup>, 2017.

#### Keynote Speakers:

[Ernst Fehr](#) (University of Zurich)

[Jordi Galí](#) (CREI, Universitat Pompeu Fabra, Barcelona GSE)

[Barbara Rossi](#) (CREI, Universitat Pompeu Fabra, Barcelona GSE)

[Uwe Sunde](#) (Ludwig-Maximilians-Universität Munich)



## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller  
Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld

### Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning  
Layout und Satz: Ingrid Dede  
Tel +49 345 7753 738/721  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle,  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 4,50 Euro,  
Jahresbezug 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © Kurhan – Fotolia.com

Druck: Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG

Wirtschaft im Wandel, 22. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. Dezember 2016

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (online)